

"Das Sparen im Sozialbereich wird schlimme Folgen haben" : Interview mit Emy Lalli, Präsidentin des Zürcher Kantonsrats

Autor(en): **Lalli, Emy / Liechti, Richard / Omoregie, Rebecca**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **80 (2005)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-107328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Interview mit Emy Lalli, Präsidentin des Zürcher Kantonsrats

«Das Sparen im Sozialbereich wird schlimme Folgen haben»

Die SP-Politikerin Emy Lalli ist seit 1995 Mitglied des Zürcher Kantonsrats, den sie im Amtsjahr 2004/2005 präsidiert.

Die «höchste Zürcherin» ist auch eine engagierte Genossenschafterin. Sie wirkte während vieler Jahre als Präsidentin der Baugenossenschaft Alpenblick in Zürich Altstetten sowie im SVW-Vorstand.

Wohnen: Frau Lalli, wie wird man «höchste Zürcherin»?

Emy Lalli: Eigentlich kann jeder Kantonsrat, jede Kantonsrätin höchster Zürcher oder höchste Zürcherin werden – unter der Voraussetzung, dass die Fraktion Anspruch darauf hat. Aber es ist doch wichtig, dass dieses Amt von einer Person ausgeführt wird, die den Ablauf des Ratsbetriebes kennt und die Freude daran hat, den Rat zu leiten. Ausserdem sollte sie die Repräsentationsaufgaben, die ein solches Amt mit sich bringt, gerne wahrnehmen. Ich bin seit einigen Jahren in der Geschäftsleitung, deren Aufgabe es ist, die Ratsgeschäfte vorzubereiten, und kenne dadurch die formellen Abläufe. Das war auch der Grund, weshalb ich mich für dieses Amt entschieden habe.

Sicherlich gehört auch dazu, dass man über die Fraktionsgrenzen hinaus Respekt genießt.

Das ist so. Die Person, die ein solches Amt übernimmt, muss während der Ratssitzungen Neutralität gewährleisten können. Leute mit extremen Positionen melden sich gar nicht, denn man muss Freude daran haben, sich mit unterschiedlichen Meinungen auseinander zu setzen. Manchmal ist es allerdings auch schwierig, dort oben zu sitzen und auf gewisse Voten nicht reagieren zu können.

Wie sehen die Aufgaben der Kantonsratspräsidentin konkret aus?

Am Montagmorgen leite ich die Kantonsrats-sitzungen. Dabei gehen wir anhand einer Traktandenliste vor, die wir vorab mit den Parlamentsdiensten festlegen. Jedes Mal ist eine bestimmte Direktion an der Reihe und die jeweilige Regierungsrätin oder der Regierungsrat ist auch anwesend. Die zweite Aufgabe ist

die Führung der Geschäftsleitung. Jeweils am Donnerstagabend planen und organisieren wir dort das ganze Prozedere der Ratssitzungen, nehmen Beschwerden entgegen, bestimmen, welche Kommission die Vorlagen der Regierung behandelt usw. Doch auch hier ist zu erwähnen, dass die Mehrheit des Kantonsrats unsere Entscheide jederzeit ändern kann.

Und wie steht es mit den Repräsentationspflichten?

Die sind tatsächlich sehr zahlreich. Ich erhalte die unterschiedlichsten Anfragen – vom Jodler- und Schwingerfest über die Vereidigung der Polizisten bis zu den Jahresessen der Gerichte. Soweit es die Zeit zulässt, versuche ich alle Gruppierungen zu berücksichtigen.

Im Rat ist es während des Präsidialjahres nicht üblich, dass man sich zu Vorlagen äussert. Halten Sie sich mit Ihrer politischen Meinung auch bei solchen Anlässen zurück?

Auf dem «Bock», wie wir den Vorsitz nennen, achte ich darauf, dass ich alle gleich behandle, die Redezeiten eingehalten werden, egal ob dies jemand von der SP oder der SVP ist. Politisch äussert man sich während dieser Zeit in der Tat nicht. Wenn ich eingeladen bin, ist das etwas anderes. Dann bin ich selbst und vertrete meine persönlichen Positionen. Das wird auch in bürgerlichen Kreisen akzeptiert. Oft sind solche Begegnungen sehr spannend und lehrreich.

Wie ist derzeit das Klima im Kantonsrat? Sparen scheint für die bürgerliche Mehrheit das einzige Ziel zu sein.

Es ist hart und zum Teil auch sehr ungemütlich. Die Bürgerlichen haben einerseits eine Sparhysterie, was die Ausgaben anbelangt, gleichzeitig aber wollen sie die Einnahmen



verringern, etwa durch die Abschaffung der Handänderungssteuer oder die Senkung des Steuerfusses.

Wo wirken sich die Sparbeschlüsse am schlimmsten aus?

Ganz klar im Sozialbereich. Die Sozialhilfe Empfänger werden mit den neuen Richtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) massiv weniger erhalten. Viele Menschen mit tiefem Einkommen fallen ganz aus der Berechtigung. Statt dessen will man sie mit so genannten Anreizmodellen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren. Wie

stellt man sich das in der heutigen Situation bloss vor?

Das betrifft auch die Baugenossenschaften.

Ja, sie sollten jetzt besonders darauf achten, Wohnungen an diejenigen zu vergeben, die sie wirklich dringend benötigen. Allerdings habe ich den Eindruck, dass diese Aufgabe von den Baugenossenschaften teils nicht mehr wahrgenommen wird.

Müssten Baugenossenschaften demnach mehr subventionierte Wohnungen anbieten? Viele haben diese Wohnungen in den letzten Jahren ausgekauft.

Das haben wir auch in unserer Genossenschaft getan. Das Problem ist, dass die Einkommenslimiten für die subventionierten Wohnungen zu tief angesetzt sind. Gerade wenn Baugenossenschaften dringend nötige Renovationen vornehmen, steigen auch die Mietzinse. Selbst mit der Verbilligung können sich dann Menschen mit 45 000 Franken Jahreseinkommen eine solche Wohnung nicht leisten. Anders sieht es aus, wenn die Sozialhilfe den Mietzins übernimmt. Der Sinn des gemeinnützigen Wohnungsbaus wäre aber gerade, dass Menschen mit tiefem Einkommen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden.

In Ihren politischen Vorstössen ging es oft um die Themen Familie, Junge und Frauen. Wo sehen sie in der Familienpolitik die grössten Defizite?

Zum einen bei der Kinderbetreuung. Das Angebot ist im ganzen Kanton immer noch zu klein. Zudem nimmt die Familienarmut ständig zu. Mit der Volksinitiative «Chancen für Kinder» wollen wir nun erreichen, dass armutsbetroffene Familien Ergänzungsleistungen nach dem System der AHV erhalten. Das sind nämlich mehrheitlich gut funktionierende Familien, die einfach zu wenig Geld verdienen. Die sollen nicht mehr zur Sozialhilfe müssen.

Zur Familienpolitik gehören auch die Bemühungen der Städte, mit dem Bau von grossen Wohnungen wieder Familien in die Stadt zurückzuholen. Gerade Zürich setzt hier stark auf die Baugenossenschaften.

Da sehe ich schon ein Problem. Wenn man neu baut oder Wohnungen zusammenlegt, ergibt das Mietzinse, die für viele Familien nicht bezahlbar sind. Da stellt sich die Frage, wer dann in den grossen 4½-Zimmer-Wohnungen mit Mietzinsen von mehr als 2000 Franken monatlich wohnt. Es ist sicher nicht die Aufgabe einer Baugenossenschaft, Wohnungen für Doppelverdienerpaare ohne Kinder zu erstellen.

Die schwierige Lage bei der Ausbildung der Jungen, namentlich im Lehrstellenbereich, hat sie immer wieder beschäftigt.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der grössten Probleme, die auf uns zukommen.

Da müsste die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft Lösungen suchen. Aber solange die immer mehr Arbeitsplätze abbaut und den Jungen keine Chancen mehr gibt, kann die Politik reichlich wenig tun. Ganz allgemein werden wir uns darauf einstellen müssen, dass es weniger Arbeit gibt. Wir werden in den nächsten Jahren nicht darum herumkommen, die bezahlte und die unbezahlte Arbeit besser zu verteilen.

Damit haben Sie das Thema Gleichstellung angesprochen. Nicht nur bei der Verteilung der unbezahlten Arbeit, auch beim Lohn gibt es nach wie vor massive Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

«Gleiche Arbeit, gleicher Lohn», dieses Postulat verfolgen wir schon lange. Gerade im unteren Gehaltsbereich herrscht noch eine grosse Ungerechtigkeit. Politisch kann man hier natürlich nur begrenzt agieren. Grundsätzlich meine ich, dass wir Frauen uns in Gleichstellungsfragen selbst wehren müssen. Ich habe festgestellt, dass Frauen oft die grössten Feindinnen von Frauen sind. Als ich Präsidentin unserer Genossenschaft wurde, fanden gerade die Frauen: «Die soll doch daheim bleiben und ihre Kinder erziehen.» Beim Stimmsammeln für unsere Initiative «Chancen für Kinder» hörte ich von älteren Frauen immer wieder: «Das braucht es doch nicht, das haben wir auch nicht gehabt.»

Sie hatten während vieler Jahre das Präsidium der kleinen Baugenossenschaft Alpenblick in Zürich Altstetten inne, wo Sie auch heute noch wohnen. Wie haben Sie die Strukturen der Baugenossenschaften erlebt – gerade vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung?

Als ich in die Baugenossenschaft Alpenblick kam, herrschten dort tatsächlich patriarchalische Verhältnisse. Der Vorstand bestand aus lauter älteren Männern. In der Siedlung war fast alles verboten, die Kinder hatten kaum Rechte. Als ich mich für eine Mitarbeit im Vorstand meldete, suchte man hinter meinem Rücken einen Mann. Man warf mir vor, ich könne das nicht, weil ich ja nur daheim sei und zu den Kindern schaue. Erst zwei Jahre später hat es geklappt. Danach gab es einen relativ grossen Wechsel, jüngere Leute kamen hinzu und wir konnten die Strukturen Schritt um Schritt verändern. Viele Traditionen haben wir jedoch behalten: etwa dass das Heizungsgeld im Büro ausbezahlt wird, dass wir selber die Sträucher schneiden, den Rasen mähen, kleinere Reparaturen erledigen oder dass der Samichlaus vorbeikommt.

Das Gemeinschaftliche, das den so genannten Genossenschaftsgeist früher auszeichnete, ist Ihnen sehr wichtig.

Ja, das wollen wir bewahren. Das gegenseitige Helfen, wissen, wie jemand heisst und

wie seine Kinder heissen: Bei unserer kleinen Baugenossenschaft geht das. Oder wenn sich jemand für eine Wohnung bewirbt und sagt: «Ich schäme mich so, aber ich muss Ihnen sagen, dass ich von der Sozialhilfe abhängig bin.» Solchen Menschen wollen wir das Gefühl geben: «Auch wenn du Hilfe brauchst, bist du ein Mensch wie jeder andere auch.» Dieser Austausch funktioniert bei vielen Genossenschaften nicht mehr, die Leute haben untereinander kaum mehr Kontakt.

Was können diese Genossenschaften unternehmen?

Den Gemeinschaftssinn zu fördern, fängt im Kleinen an, wie die genannten Beispiele zeigen. Ein wichtiger Punkt ist auch die gute Durchmischung. Man muss darauf achten, dass man aus allen Schichten genügend Leute hat. Beim Ausländeranteil gilt es zu unterscheiden: Viele können perfekt deutsch und sind längst integriert, die zähle ich gar nicht mehr dazu. Aber es gibt auch die anderen. Auf die muss man zugehen, damit sie Deutsch lernen, damit zumindest die Kinder Deutsch lernen. Ich habe deshalb auch immer darauf geachtet, dass nicht zwei Familien aus demselben Land im gleichen Haus wohnen.

Sie haben von den patriarchalischen Strukturen gesprochen, die Sie bei Ihrer Genossenschaft angetroffen haben. Ist denn die genossenschaftliche Organisation mit den oftmals mächtigen Vorständen noch zeitgemäss?

Ich glaube, das Problem ist nicht der Vorstand, sondern wie der Vorstand vorgeht. Wir haben beispielsweise bei Renovationen immer Arbeitsgruppen gebildet, wo die Bewohnerinnen und Bewohner von Anfang an mitreden konnten. Wir führten so früh wie möglich Informationsveranstaltungen durch. Die Leute konnten Vorschläge einbringen, die wir aufnahmen. Dabei gibt es aber zwei Schwierigkeiten. Erstens kostet das sehr viel Zeit. Zweitens braucht es doch ein Gremium, das irgendwann entscheidet. Sonst gibt es bei der Renovation am Schluss in 24 Wohnungen 24 unterschiedliche Küchen.

Werden Sie nach Ablauf des Präsidialjahrs wieder Ämter im gemeinnützigen Wohnungsbau übernehmen?

Nein, dort kommen jetzt Jüngere an die Reihe. Ich werde aber im Kantonsrat bleiben und mich auf politischer Ebene weiterhin auf die Sozialpolitik konzentrieren, die man vom genossenschaftlichen Wohnungsbau nicht trennen kann. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft eine andere Einstellung gegenüber Menschen einnimmt, die sehr wenig oder gar nichts verdienen. Für sie gilt es neue Lösungsansätze zu finden.

INTERVIEW: RICHARD LIECHTI UND REBECCA OMOREGIE